

Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen

Präsident der
Bremischen Bürgerschaft
Herrn Christian Weber
Am Markt 20
28195 Bremen

Auskunft erteilt
Edmund Mevissen

Telefon (0421) 361 **2215**

Fax (0421) 496 **2215**

E-Mail
gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de

Internet
www.gesamtpersonalrat.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Bremen, 8. April 2008

Stellungnahme des Gesamtpersonalrats zu den Doppelhaushalten 2008/09

Sehr geehrter Herr Präsident,

anlässlich der morgen beginnenden Haushaltsdebatte nimmt der Gesamtpersonalrat im Folgenden zusammenfassend zu den Haushaltsentwürfen Stellung. Ich bitte Sie, die Stellungnahme den Mitgliedern der Bürgerschaft zur Kenntnis zu geben.

Mit den Doppelhaushalten 2008/09 legt die Freie Hansestadt Bremen - wie im Rahmen der Verfassungsklage angekündigt - ausgeglichene Primärhaushalte für das Land und die Stadtgemeinde Bremen im Jahr 2009 vor. Das bedeutet, dass neue Kredite nur noch zur Zahlung der gewaltigen Zinslast aufgenommen werden müssen. Das Erreichen dieses Ziels wird durch massive Kürzungen der meisten öffentlichen Ausgaben und einen nochmals verschärften Personalabbau erkauft. Die öffentlichen Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger und auch Unternehmen werden dadurch in Umfang und Qualität sehr gefährdet.

Ein erheblicher Kürzungsbeitrag ist erneut den Beamtinnen und Beamten abverlangt worden. Nach der Verlängerung der Arbeitszeit und der schrittweisen und inzwischen fast vollständigen Abschaffung des Weihnachtsgeldes sollen sie mit einer erheblich verspäteten Besoldungsanpassung einmal mehr dazu beitragen, dass die haushaltspolitischen Ziele gehalten werden können.

Zu begrüßen ist, dass sich die Koalitionsfraktionen und der Senat konstruktiven Gesprächen über die Besoldungsanpassung nicht verschlossen haben und letztlich wenigstens erreicht werden konnte, dass Besoldung und Versorgung in einem Schritt zum 1. November 2008 angepasst werden sollen. Der Gesamt-



personalrat wertet dies auch als Signal, dass die Vorschläge des DGB zur Einführung von Verhandlungsrechten für BeamtInnen („Verhandeln statt verordnen“) in der bremischen Politik angekommen sind.

Dies darf jedoch nicht den Blick darauf verstellen, dass die bremischen BeamtInnen erneut zu einem Sonderopfer herangezogen werden, gerade auch wenn man den aktuellen Tarifabschluss zum TVöD berücksichtigt.

Der Gesamtpersonalrat erkennt nicht, dass von Bremen sowohl mit Blick auf die Verfassungsklage auf weitere Sanierungshilfen als auch mit Blick auf die Verhandlungen über eine Neugestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern (Föderalismusreform II) erhebliche eigene Sanierungsanstrengungen erwartet werden. Gleichwohl ist höchst problematisch, dies durch die einseitige Ausrichtung der bremischen Haushaltspolitik auf eine abstrakte finanzpolitische Vorgabe, den ausgeglichenen Primärhaushalt im Jahr 2009, erreichen zu wollen.

Die öffentlichen Aufgaben geraten so weitgehend aus dem Blick. Die Beschäftigten scheinen dabei nicht in erster Linie als Erbringer wichtiger Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger gesehen zu werden, sondern als Kostenfaktoren, die es abzubauen gilt.

Diese Sichtweise, die insbesondere durch den Personalabbau nach der Rasenmähermethode mit der so genannten PEP-Quote, geprägt war, hat zwar mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch den rot-grünen Senat einige Modifikationen erfahren. Im Kern hat sich jedoch wenig daran geändert, dass die Mehrzahl der Dienststellen mit pauschalen Kürzungsvorgaben konfrontiert werden, bei denen nicht klar ist, ob und wie diese realisiert werden könnten.

Tatsächlich gibt es nach zwei Jahrzehnten Personalabbau im bremischen öffentlichen Dienst praktisch keine Bereiche mehr, die einen weiteren Personalabbau verkraften können.

Es ist erfreulich, dass Senat und Koalition einigen Bereichen vor diesem Hintergrund keine weiteren Personalkürzungen mehr abverlangen wollen. Da jedoch an der noch vom vorigen Senat übernommenen grundsätzlichen Vorgabe, 2008 und 2009 jeweils 2% Personal abzubauen, festgehalten wird, wird der Kürzungsdruck in den übrigen Bereichen umso größer. Schon jetzt gibt es jedoch trotz zahlreicher Überstunden vielfach erhebliche Arbeitsrückstände, und viele Teilaufgaben können nicht mehr ausreichend wahrgenommen werden. Für die Beschäftigten hat die Kürzungspolitik bereits seit längerem eine schlechende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zur Folge, zumal den Beschäftigten selbst oft die Abwägung über das aufgezwungen wird, was gemacht wird und das, was aufgrund von Zeitmangel liegenbleiben muss, weil sich die Vorgesetzten und auch die Politik vor dieser Verantwortung drücken.

Weitere Kürzungen bedeuten unweigerlich, dass die öffentlichen Dienstleistungen in Bremen erheblich abgebaut werden müssen. Der Gesamtpersonalrat hält dies für gesellschaftspolitisch nicht tragbar, denn der Abbau öffentlicher Dienstleistungen trifft letztlich immer die am härtesten, die sich gleichartige oder gleichwertige Dienstleistungen nicht privat beschaffen können.

Der Gesamtpersonalrat ist demgegenüber der Auffassung, dass der öffentliche Dienst so ausgestattet werden muss, dass er seiner umfassenden Funktion für das Gemeinwesen und die einzelnen Bürgerin-

nen und Bürger gerecht werden kann. Er hält ebenfalls für problematisch, dass mit der Kürzungspolitik gleichermaßen die staatliche Steuerung und Einflussnahme beschränkt wird.

Nach wie vor gilt: Bremen hat kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem. Die Tatsache, dass für die Haushaltsjahre 2008/09 deutlich steigende Steuereinnahmen erwartet werden, spiegelt lediglich die konjunkturelle Entwicklung wider. Die Notwendigkeit, die Einnahmen Bremens dauerhaft zu stärken besteht weiter. Aus Sicht des Gesamtpersonalrats ist es nicht ausreichend, dies ausschließlich über die Verhandlungen zur Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen (Föderalismusreform II) erreichen zu wollen. Notwendig sind auch Initiativen für sozial gerechtere und die öffentlichen Aufgaben sichernde Steuergesetze. Unternehmen und Spitzenverdiener werden in zunehmendem Maße von der Besteuerung verschont. Dem muss Bremen seinen -obschon begrenzten- Einfluss entgegensetzen und deutlich für aufkommensstärkende Reformen im Bereich der Einkommensteuer, der Unternehmenssteuern und der Besteuerung von Vermögen und Erbschaften eintreten. Durch eine solche Rolle würde Bremens Werben um eine bessere Stellung im föderalen Finanzsystem an Glaubwürdigkeit gewinnen.

Doch bessere und gerechtere Steuergesetze allein nützen wenig, wenn weiterhin zu wenig für einen möglichst lückenlosen Vollzug dieser Gesetze getan wird. Der Gesamtpersonalrat begrüßt, dass die Koalition dieses Problem grundsätzlich erkannt hat und durch eine Verstärkung der Betriebsprüfung gegenzusteuern sucht. Insgesamt ist allerdings festzuhalten, dass die Personalausstattung der bremischen Steuerverwaltung nur rund 80% des an bundeseinheitlichen Maßstäben gemessenen Bedarfs erreicht.

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass auch in anderen Verwaltungsbereichen erheblich höhere Einnahmen erzielt werden könnten, wenn eine ausreichende Personalausstattung vorhanden wäre.

Der Gesamtpersonalrat fordert die Bremische Bürgerschaft daher erneut auf, der Kürzungspolitik eine Absage zu erteilen. Für ein attraktives, soziales und lebenswertes Bremen bedarf es ausreichender und hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen bei guten Arbeitsbedingungen und fairer Bezahlung für die Beschäftigten. Die notwendigen Leistungen müssen finanziert werden und dürfen nicht der Haushaltssanierung zum Opfer fallen.

Mit freundlichen Grüßen



Edmund Mevissen
Vorsitzender